

Auftaktpressekonferenz der Aktionswoche „Armut bedroht alle - Netzwerke gegen Armut und Abstiegsangst“ (16.-22. Oktober 2017)

Reinhold Schimkowski, Sprecher der Landesarmutskonferenz für das Netzwerk 2 (Liga der freien Wohlfahrtspflege und DGB-Landesbezirk), Vorsitzender der Liga der freien Wohlfahrtspflege

Liebe Damen und Herren, noch schwanke ich, ob ich das soeben Gehörte eher zuspitzen oder eher abrunden will. Vielleicht gelingt mir beides, ich will es versuchen. Den Berichten aus dem Netzwerk 1 der Landesarmutskonferenz und von Herrn Kunzmann schließe ich mich dahingehend an, indem ich mögliche Lösungswege aufzeige, bei denen sich die Maßnahmen der Politik mit Betroffeneninitiativen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden ergänzen:

Meinen Fokus lege ich auf die beiden Bereiche Altersarmut und Armut bei Kindern und Jugendlichen. Denn wenn wir von Armut reden, bleibt das häufig anonym, man kann es sich nicht vorstellen, wenn man nicht selbst betroffen ist, und im schlimmsten Fall glaubt man es nicht. Wenn wir dagegen über Armut bei Älteren und Armut bei Kindern und Jugendlichen sprechen, wird es vorstellbar und greifbar.

Schwerpunkt: Altersarmut

Wenn wir über Altersarmut reden, dann reden wir über die Armut von Menschen, die ihr Leben damit verbracht haben, für sich und andere zu arbeiten, die Kinder erzogen haben, die sich immer wieder eingesetzt haben für ihre Familien, für die Unternehmen, in denen sie angestellt waren und für unsere Gesellschaft insgesamt. Jeder nach seinen Kräften und nach den Möglichkeiten, die ihm gegeben waren. Und da hat es eine besondere „Qualität“, wenn wir zulassen, dass die Menschen gerade in dieser Lebensphase zunehmend von Armut bedroht werden.

Alt zu werden, bedeutet dabei nicht nur den Übergang vom Erwerbsleben in das Rentner- oder Pensionärsdasein. Diese Lebensphase ist mit vielfältigen Veränderungen, Belastungen, aber auch Chancen verbunden. Und es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, vor allem aber eine Forderung an die Politik, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Risiken und Belastungen des Alters möglichst gering gehalten, die Chancen aber gefördert werden.

Der Übergang vom Erwerbsleben in die Rente betrifft nicht nur das Einkommen, „alt werden ist nichts für Feiglinge“: Es ist mit einem Statuswechsel verbunden, der vielen Menschen erheblich zu schaffen macht. Mit dem Austritt aus der Arbeitswelt gehen der Verlust von Aufgaben, von Tagesstruktur und sozialen Kontakten einher. Letzteres ist umso einschneidender, als wir seit Jahren eine Veränderung und oft eine Auflösung von Familienstrukturen erleben, die für die Bewältigung dieses Übergangs besonders wichtig sind.

In der Folge von materiellen und gesundheitlichen Einschränkungen verändern und reduzieren sich zwangsläufig auch die sozialen Beziehungen. Kontaktpflege kostet Geld und braucht Mobilität, also Einkommen und Gesundheit. Letztendlich sind die Beziehungen mit zunehmendem Alter aber immer häufiger von Verlusten und Trauerphasen geprägt.

Deshalb ist Altersarmut mehr als Einkommensarmut, sie wirkt sich als Teilhabearmut aus.

Sicherlich spielen für die Bewältigung der zunehmenden Einschränkungen die individuelle Lebenserfahrung und Einstellung, die persönlichen Interessen und Fähigkeiten, die Beziehungen in Familie und Nachbarschaft eine große Rolle.

Ganz wesentlich ist aber, wie sich die Gesellschaft auf ihre alten Menschen einstellt. Dazu gehört zum Beispiel, wie wir unsere Gemeinden und Stadtteile ausstatten. Wer sich über Jahrzehnte in seinem Quartier eingerichtet hat, darf nicht aufgrund einer zukünftig immer niedrigeren Rente bei unabsehbar steigenden Wohnkosten gezwungen werden, die gewohnte Infrastruktur und die bekannte Nachbarschaft zu verlassen. Dazu braucht es bezahlbare altersgerechte Wohnungen in jedem Stadtteil, dazu braucht es gute Verkehrsanbindungen, Treffpunkte, Initiativen für bürgerschaftliches Engagement und auch soziale Dienste. Das sind große Aufgaben für die Stadt- und Sozialplanung, nicht nur für die Rentenpolitik der Bundesregierung.

Eine gute Rente ist die Grundvoraussetzung, um die Belastungen des Alters bewältigen zu können, aber es braucht auch die Anstrengungen des Landes zum Beispiel in der Wohnraumallianz und der Kommunen in der Quartiersentwicklung.

Diese Rahmenbedingungen müssen zusammenkommen, damit die wachsende Zahl der Senioren, den Übergang gut schaffen und die Chancen des Alters nutzen können. Die Menschen, die sich im Alter noch engagieren, - im Sport, in der Kultur und im Sozialbereich -, bekommen für unsere ganze Gesellschaft eine zunehmende Bedeutung. Ohne sie würde uns eine tragende Säule für den gesellschaftlichen Zusammenhalt fehlen. Und wir wissen, dass es gerade die Menschen mit einer guten Alterssicherung und in sicheren Rahmenbedingungen sind, die bereit und in der Lage sind, sich für die Gesellschaft einzubringen.

Schwerpunkt: Kinder- und Jugendarmut

Richten wir unseren Blick auf Junge Menschen: Sie tragen auch in Baden-Württemberg unter allen Altersgruppen das höchste Armutsrisiko, wie Sie den beiliegenden Materialien und Zahlenblättern entnehmen können. 19,4% der unter 18-jährigen und 23,3% der 18–25-jährigen sind armutsgefährdet.

Dabei kann gerade das Phänomen der Kinderarmut nicht isoliert betrachtet werden, denn **Arme Kinder gibt es nur, weil es arme Eltern gibt!** Kinderarmut entsteht aus Elternarmut, vor allem sind Kinder von erwerbslosen und alleinerziehenden Menschen betroffen. Und wenn solche Lebenslagen kumulieren, wenn die alleinerziehende Mutter auch arbeitslos ist, eben weil sie durch die Kindererziehung gebunden ist, dann ist Armut und zwar langdauernde Armut praktisch nicht zu vermeiden.

Und wie bei der Lebenslage Alter gilt auch hier, dass eine ausreichende materielle Grundsicherung die Basis sein muss, dass sie aber nicht alles ist.

Heute wissen wir,

- dass die Armut der Eltern sich schon auf die Gesundheit der Neugeborenen auswirkt,
- dass arme Kinder in armen Familien besonders unter Wohnraumnot leiden,
- dass Kinder aus armen Familien die schlechteren Bildungs-
- und damit auch die schlechteren Berufschancen haben.

Zwar ist die hohe Armutsrisikoquote von Kindern und Jugendlichen insofern anders einzuschätzen, als die der anderen Altersgruppen, weil durch die Übergänge aus Schule in Ausbildung und in den Beruf Chancen bestehen, der Armutsgefährdung auch wieder zu entkommen. **Diese Chancen müssen aber gezielt unterstützt werden, damit nicht aus der Kinderarmut eine langfristige Armutsbiographie entsteht.**

Unsere Forderungen richten sich an den Bund hinsichtlich der (Kinder-)Grundsicherung und Rentenpolitik, so wie es Martin Kunzmann ausgeführt hat. Aber auch das Land muss seine Verantwortung für die Armutsrisiken der Menschen in Baden-Württemberg ernst nehmen. Eine Pressemeldung, die nur positiv vermerkt, dass das Armutsrisiko in Baden-Württemberg im Bundesdurchschnitt am geringsten ist, die aber verschweigt, dass sie gemessen an den landesdurchschnittlichen Einkommenshöhen fast genauso hoch wie im Bund ist, ist eigentlich ein kleiner sozialpolitischer Skandal. Da können wir nur die Forderung nach einer kontinuierlichen und qualitativen Armuts- und Reichtumsberichterstattung für Baden-Württemberg wiederholen, die die sozialen Probleme auch benennt. Und aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Vorgängerregierung wären noch so viele Maßnahmen und Empfehlungen umzusetzen. Man muss das Rad nicht immer neu erfinden. Das Land ist in der Verantwortung hinsichtlich der Schaffung von Wohnraum, der Bildungspolitik und der Gesundheitsförderung, und hier gibt es für Jubelmeldungen nur wenig Anlass. Und schließlich stellen sich für die Kommunen große Aufgaben hinsichtlich der Quartiersentwicklung in benachteiligten Stadtteilen und der Schaffung von Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung und zu sozialer Teilhabe.